

Covid-19-Kredite Erhebliches Missbrauchsrisiko

Am 25. März erliess der Bundesrat die Covid-19-Solidarbürgschaftsverordnung zur Abfederung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Bekämpfung der Pandemie. Bis heute wurden unter dieser Verordnung rund 128 000 Kredite im Umfang von 15 Milliarden Franken gewährt. Die schnelle und unkomplizierte Versorgung der Wirtschaft mit Liquidität war und bleibt wichtig. Für die Akzeptanz der Kredite und der anderen Finanzhilfen des Bundes sind jedoch eine wirksame Governance und Kontrolle der Vergabe und Rückzahlung der Mittel von Bedeutung. Aber wie gut ist die Schweizer Governance? Wie wirksam sind die Kontrollen?

Die Covid-19-Kredite werden ohne Sicherheiten ausbezahlt. Die Kredite bis zu einem Betrag von 500 000 Franken werden auch ohne vollständige inhaltliche Prüfung der Selbstdeklaration für den Kredit gewährt. Damit werden Kredite ausbezahlt, deren effektive Notwendigkeit für die Bewältigung der Folgen der Bekämpfung der Pandemie offen ist. Eine Kontrolle der Notwendigkeit und der Verwendung der Mittel kann nur im Nachhinein erfolgen.



Daniel Lucien Bühler
Rechtsanwalt,
Partner Lalive

«Eine wirksame Governance und eine wirksame Kontrolle tragen dazu bei, das Risiko von Missbräuchen zu bewältigen.»

Es sind aber viele andere Stellen involviert, was die Gefahr in sich birgt, dass Verantwortlichkeiten verschwommen sind und es zu Informationsverlust und Verzögerungen kommt. So muss die EFK Auffälligkeiten an das Seco übermitteln. Die entsprechenden Informationen gelangen dann vom Seco an die Zentralstelle und von dieser an die einzelnen Bürgschaftsorganisationen. Allfällige zivil- und/oder strafrechtliche Schritte werden durch die Bürgschaftsorganisationen eingeleitet. Eine Koordination über die Zentralstelle findet soweit ersichtlich nicht statt. Die einzelnen Bürgschaftsorganisationen informieren ihrerseits das Seco über die straf- und zivilrechtlichen Verfahren. Das Inkassomanagement übernimmt eine Drittpartei. Bis kritische Informationen diesen Weg durchlaufen haben, sind missbräuchlich bezogene Kredite mit grosser Wahrscheinlichkeit bereits nicht mehr greifbar.

In Deutschland herrscht Transparenz, in der Schweiz fehlt diese

Deutschland führte am 15. April das Instrument der KfW-Schnellkredite für Unternehmen mit mehr als zehn Mitarbeitenden ein. Bereits bei der Einführung wurden Kontrollmechanismen vorgesehen: Die Hausbank der Antragstellerin muss die Höhe des Umsatzes sowie die Solvenz überprüfen und bestätigen. Zudem müssen alle Einzelbeiträge auf der Website für staatliche Beihilfen veröffentlicht werden, womit Transparenz geschaffen wird.

In der Schweiz ist aus Governance-Überlegungen zeitnah die Schaffung einer einzigen zentralen Kontrollinstanz für alle Covid-19-Finanzhilfen notwendig. Sie sollte alle erforderlichen straf- und zivilrechtlichen Massnahmen koordinieren. Die Kontrollinstanz muss, soll sie wirksam sein, über adäquate finanzielle und personelle Ressourcen und uneingeschränkte Kompetenzen für den Zugang zu Informationen verfügen. Zudem muss die strukturelle Unabhängigkeit der Kontrollinstanz gewährleistet sein. Damit kommt faktisch nur eine unabhängige Bundesbehörde infrage wie beispielsweise die EFK. Auch wäre die Schaffung von Transparenz, wie in Deutschland, wichtig und wirksam. Eine wirksame Governance und eine wirksame Kontrolle werden dazu beitragen, das Missbrauchsrisiko zu bewältigen und den Respekt und Goodwill, den sich der Bundesrat mit seinem beherzten Handeln in der Krise erarbeitet hat, zu wahren.

Nachprüfungen können Missbräuche aufdecken – oft wohl zu spät

Erst am 15. Mai erliess der Bund ein Prüfkonzept zur Missbrauchsbekämpfung bei den Solidarbürgschaften. Die Prüfungen betreffen insbesondere die verlässliche elektronische Abfrage der Unternehmens-Identifikationsnummer zwecks Feststellung der Identität und der Geschäftstätigkeit der Antragsteller. Ein Wirtschaftsprüfungunternehmen prüft als Zentralstelle der Bürgschaftsorganisationen sämtliche Anträge auf Vollständigkeit und formelle Einhaltung der Anspruchsvoraussetzungen und die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) überprüft mittels Analyse der Steuerdaten die Korrektheit der Umsatzangaben. Auffälligkeiten werden durch die EFK via das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) zur Detailprüfung an die Bürgschaftsorganisationen übermittleit.

Die Refinanzierung der Banken erfolgt durch die SNB. Sie akzeptiert die verbürgten Kredite der Banken als Sicherheit für ihre Darlehen an die Banken. Die Bewirtschaftung und Verwaltung der Kredite erfolgen aber weiterhin durch die Banken, wobei diese aber kein Risiko tragen. Lediglich bei den Covid-19-Plus-Krediten,

also den Krediten über 500 000 Franken, ist die Solidarbürgschaft auf 85 Prozent des Kreditbetrags begrenzt.

Der Bundesrat hat in der Solidarbürgschaftsverordnung auf ein griffiges Vorab-Kontrollsystem verzichtet. Das nun entwickelte Prüfkonzept zielt darauf ab, grundlegende Angaben und Voraussetzungen nachzuprüfen. Die Nachprüfungen können Missbräuche zwar aufdecken, aber nicht präventiv verhindern.

Die systematische Nachprüfung durch die EFK sowie der Abgleich und die Analyse mittels vorhandener Daten sind zu begrüssen. Gesamthaft sind die nachträglichen Kontrollen aber zu ungenügend, um erhöhten Missbrauch auszuschliessen. Zu bemängeln ist, dass die Umsatzhöhe, welche als Berechnungsgrundlage für die Höhe des zulässigen Kredits (maximal 10 Prozent des Umsatzes) dient, aber auch die Natur des Umsatzes (beispielsweise blosse Durchlaufgeschäfte zur Steueroptimierung), nicht exakt überprüft werden können, da die Daten nicht systematisch erhoben werden.

Positiv zu werten ist, dass die Koordination der Nachprüfung der Kredite über eine zentrale Stelle läuft.

Corona-Krise Pyrrhussieg

Der Schlachtruf dieser Tage lautet: «Das Schlimmste liegt hinter uns!» Das klingt so wie: «Alles wird wieder gut!» Wer wollte das nicht gerne glauben? Und doch haben wir alle kein gutes Gefühl angesichts der jüngst eindeutig positiven Entwicklung. Das hat Gründe.

Dort, wo es Monatsdaten zur Wirtschaftsentwicklung gibt, sieht man, wohin die Angst vor dem Virus und die drastischen Einschränkungsmassnahmen der Regierungen geführt haben. In Grossbritannien zum Beispiel im Monat April das Volkseinkommen um 20 Prozent gefallen. Wenn man weiss, dass man in normalen Zeiten schon einen Rückgang von 2 Prozent als eine grosse Rezession bezeichnet, was soll man dann die Corona-Krise bezeichnen?

Angesichts der Lockerung vieler Regierungsmassnahmen in diesen Tagen wird es nun unweigerlich zu einer Verbesserung der Zahlen kommen. Der Tiefpunkt liegt in der Tat hinter uns. Streng genommen bedeutet das: positives Wachstum. Ist das gleichbedeutend mit «Jetzt kommt der Aufschwung»? Für Erbsen zählt und Besservisser bestimmt. Aber anfühlen wird es sich



Klaus Wellershoff
Ökonom, Wellershoff
und Partners

kaum wie ein Aufschwung. Warum? Weil das positive Wachstum im kommenden Quartal uns bei weitem nicht zu einer Normalauslastung unserer Kapazitäten verhelfen wird. Weil wir manche Dinge, die wir vor der Krise gemacht haben, einfach so nicht wieder tun werden. Und weil damit der «technische Aufschwung» begleitet sein wird von steigender Arbeitslosigkeit.

Aber nicht nur der Arbeitsmarkt wird länger brauchen, sich zu erholen, als wir uns das wünschen. Auch bei den Unternehmen wird es nicht mehr so sein wie vorher. Natürlich gibt es Gewinner der Corona-Krise. Im Schnitt haben die Unternehmen aber massiv an Umsatz

verloren. Die Mehrzahl aller Unternehmen wird in diesem Jahr keine Gewinne schreiben. Mehr Schulden sind die eine Folge. Ausbleibende Investitionen die andere. Denn ohne Cashflow investieren Unternehmer in der Regel nicht.

Schliesslich blendet das «Alles wird wieder gut!» aus, dass die Staatseingriffe der letzten Monate mit enormen Kosten verbunden gewesen sind. In praktisch allen Industrienationen, auch bei uns, wird sich das Budgetdefizit des Staates in diesem Jahr auf 10 Prozent des Volkseinkommens und mehr belaufen. In den USA werden es deutlich mehr als 20 Prozent sein. Gleichzeitig haben die Zentralbanken in vielen Ländern massiv in die Obligationenmärkte eingegriffen, weil diese den enormen Finanzbedarf von Unternehmen und Regierungen nicht bedienen konnten.

Der «Sieg» gegen Corona wurde teuer erkauf. Staatsverschuldung und massive Ausweitung der Geldmengen sind die Folge. Daraus resultiert eine Belastung für die Wirtschaftsentwicklung für viele Jahre. Anders gesagt: Vielleicht wird alles wieder gut, aber das dauert viel länger, als heute so mancher glauben mag.

MEHRWERT (167)

Arbeit im Flüsterton

RICCARDA MECKLENBURG



Ich liebe meinen Coworking-Space. Jeder, der zum ersten Mal reinkommt, ist überrascht, wie schön er eingerichtet ist. Erkläre ich, dass es ein Frauen-Coworking-Space ist, verstehen sofort alle, warum er so eingerichtet ist, als ginge es um «Schöner Wohnen». Und gleichzeitig kommt die Frage: «Darf ich als Mann da überhaupt rein?» «Ja natürlich, aber nur gewaschen und flüsternd», ist meine Antwort.

100 000 Coworking-Plätze sollen in den nächsten Jahren ausserhalb von urbanen Hotspots entstehen. So lautete das Postulat, das sieben Nationalräte aus allen grossen Parteien eingereicht haben. Der Bund soll diese Form des Arbeitens fördern. Eigentlich eine tolle Idee, denn ich weiss, dass meine Entscheidung, in einem Coworking-Space zu arbeiten, mein Startup enorm professionalisiert hat. Dank Digitalisierung reichen für etliche Startups ein gutes WLAN, ein Laptop, ein Handy und ein paar clevere Apps – und das Remote-Startup kann loslegen. Man arbeitet ver-

«Wir haben in der Schweiz schon genug Nanny-Staat.»

netzt zusammen, aber nicht gemeinsam von einem Ort aus. Seit Covid-19 wissen etliche die Vorteile des eigenen Home-offices zu schätzen, aber auch das hat seine Grenzen. Entweder wird der Platz zu knapp oder die Einsamkeit zu gross. In diesem Fall kann man wieder ins normale Office wechseln, aber als Remote-Startup sitzt man dann in Cafés, die zu laut, zu hässlich oder zu zügig sind. Und das Problem der physischen Meetings ist auch nicht gelöst. Daher sind Coworking-Spaces perfekt. Hinzu kommt, dass wir uns austauschen. Man fragt sich gegenseitig, erhält Tipps, vernetzt sich, gibt Erfahrungen weiter. Will ich etwas über Trends erfahren, frage ich die Mode-Influencerin am Nebentisch, brauche ich Erklärungen zu Tools, frag ich die Kollegin mit der Nerd-Brille.

Diese moderne Form der Arbeitswelt ist eine grossartige Entwicklung, bleibt in der Regel aber den urbanen Zentren vorbehalten. Daher verstehe ich die Nationalräte, die diese Idee auch in die Regionen tragen wollen. Aber braucht es wirklich staatliche Förderung? Warum werden nicht Firmen aus den Regionen aktiv? Wie viele Geschäfte stehen leer und könnten mit neuen Konzepten belebt werden? Lasst die Ideen und den Unternehmertum wirken – und erspart es dem Bund, auch noch hier eingreifen zu müssen. Wir haben schon genug Nanny-Staat.

Riccarda Mecklenburg, Vorstand Verband Frauenunternehmen, Founder Crowdconsult.ch.

DIALOG



HZ online 20.6.2020
«Lebensmittelfirmen ändern Produktnamen aufgrund Rassismusedebatte»
Zum Glück können wir das Problem echter Diskriminierung damit lösen, dass wir Süßigkeiten und Reis neue Namen geben. Echt etwas gegen Rassismus und Diskriminierung zu tun, wäre ja geradezu anstrengend.
Thomas Wehrli

HZ Nr. 25 18.6.2020
«Angela Merckels Prämie für E-Autos schadet der Schweiz»
Macht doch nichts, wenn sich die Lieferzeiten etwas verlängern. Der Markt wird den vergleichsweise überschaubaren Bedarf der Schweiz decken. Es gibt ja noch andere E-Fahrzeug-Hersteller in Asien und in den USA. Gerade die Japaner haben zurzeit technisch die Nase vorn.
Phil Böziger



HZ Nr. 25 18.6.2020
«Angela Merckels Prämie für E-Autos schadet der Schweiz»
Das Geheul dieser Branche wird unerträglich. Alle anderen sind schuld: die Politik, die bessere Konkurrenz (Tesla), Corona usw. Seit acht Jahren könnten sie bei Tesla schauen, wie es geht. Stattdessen kriegen sie den ID.3 nicht hin und behaupten immer noch, es gebe kaum Nachfrage.
Roger Rusch
@ceo_plus_ch

HZ Nr. 25 18.6.2020
«Zwei verlorene Jahre»
Wir von @SwissLife_AM zählen zwar mit unserer Prognose eher zu den Optimisten, aber auch wir rechnen mit zwei verlorenen Jahren. Danke an @loos_melanie @Handelszeitung für das Interesse an unserer Einschätzung zur #Konjunktur in der #Schweiz
Marc Brüttsch
@MarcBruttsch



HZ online 10.6.2020
«Klimaschutz: Parlament erhöht Benzinpreis um 15 Rappen»
Die Wirtschaft im Abschwung, ist dies der richtige Moment, um Steuern einzuführen? Müssen Politiker eigentlich einen Leistungsnachweis in VWL vorlegen, bevor sie an Abstimmungen teilnehmen dürfen?
Roman Bolli

Ja, logisch, der Staat braucht Geld nach den

Corona-Massnahmen und den damit verbundenen Geldgeschenken. Dazu die Milliarden Ausgaben für Rüstungsgüter, neue Kampfflugzeuge sowie die Milliarden für Swiss. Das alles muss bezahlt werden und dieses Geld muss ja irgendwo herkommen. Und diese Erhöhungen und auch Steuererhöhungen sind erst der Anfang. Als Nächstes werden im nächsten Jahr die Krankenkassenbeiträge drastisch ansteigen.
Karsten-Frank Itermann

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung ist uns wichtig. Wir freuen uns über Kritik, Lob und Anregungen über folgende Kanäle:
E-Mail: redaktion@handelszeitung.ch
Twitter: twitter.com/handelszeitung
Facebook: facebook.com/handelszeitung
Online: Posten Sie Ihre Meinung auf www.handelszeitung.ch unter einen Artikel